

1116/J XXIII. GP

Eingelangt am 28.06.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Werner Amon
und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend Propaganda des Sozialministers

Nachdem es der ÖVP in langwierigen Verhandlungen gelungen ist, den Sozialminister davon zu überzeugen, die Amnestie im Pflegebereich um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern, die Förderungen auch für die Pflegestufen 3 und 4 einzuführen und auch beim Vorliegen von selbstständigen Werkverträgen Förderungen vorzunehmen, um eine wirklich leistbare Pflege in Österreich sicherzustellen, hat sich der Sozialminister diese Erfolge der ÖVP - nachdem er alle seine inhaltlichen Positionen aufgegeben hat und nunmehr die Linie der ÖVP unterstützt - auf Kosten der österreichischen Steuerzahler auf seine Fahne geheftet.

In verschiedenen Medien hat er persönliche Propaganda in dieser Thematik auf Kosten der österreichischen Steuerzahler geschaltet.

Aufgrund dieser Tatsache stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

1. Glauben Sie, dass die betroffenen und interessierten Wählerinnen und Wähler ihre Kehrtwendungen im Pflegebereich noch verstehen und dass Sie damit wirklich Stimmen gewinnen können?
2. Wie begründen Sie Ihre Meinungsänderungen?
3. Wieviel kostet die österreichischen Steuerzahler Ihre Werbekampagne, die Sie für diese Meinungskehrwendung in den österreichischen Medien durchgeführt haben?
4. In welchen Medien haben Sie Werbemaßnahmen auf Kosten der Steuerzahler geschaltet?
5. Was haben diese im einzelnen gekostet?
6. Wievielen betroffenen Pflinglingen hätte man mit den Kosten für Ihre persönliche Werbekampagne helfen können?